



Tagesbericht

6. Juli 1953

Information Nr. 1006

Quelle

BStU, MfS, AS 9/57, Bd. 3b, Bl. 89–110 (1. Expl.).

Serie

Informationsdienst (Konstituierungsphase).

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Mehrere vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsangabe (Gliederung a–f).

[Stimmung bei der Reichsbahn]

Nachfolgend werden Beispiele aufgezeigt, wie unter den Angestellten der Reichsbahn diskutiert wird:

Der Lehrling [Name 1] vom Kbw Pankow äußerte sich, dass er jetzt verschiedene Sachen, die am 17.6.1953 geschehen sind, mit anderen Augen sieht. Er sieht ein, dass die Äußerungen, die sie in der Jugendversammlung getan haben, nicht richtig waren. Er wird seine Kraft dafür einsetzen, damit auch die anderen Lehrlinge des Kbw die Hintergründe des 17.6.1963 verstehen.

Der Lehrling [Name 2] ist jetzt der Meinung, dass sie bei der Versammlung vieles nicht richtig verstanden haben und jetzt ihm das erst klar wird. Er gab weiterhin zum Ausdruck, dass sich aber die Partei auch um die Jugend kümmern muss, im Kbw war bisher aber davon nichts zu merken.

Der Fahrmeister [Name 3] erwähnte, dass man jetzt auch bei der Reichsbahn in Bezug auf bessere Versorgung was sieht. Es gibt jetzt im Betrieb Margarine, Fischkonserven usw., was man vorher nicht gesehen hat. Dieses wird bei den Kollegen ohne Weiteres anerkannt und wird auch die Stimmung der Kollegen zur Arbeit und zur Regierung heben.

Der Kollege [Name 4], Dv.,¹ erwähnte, dass nach den neuen Maßnahmen der Regierung und aufgrund der internationalen Lage an eine Einheit Deutschlands nicht zu denken ist. Er glaubt jedenfalls an die Einheit Deutschlands nicht mehr.

Der Kollege [Name 5, Vorname], Lagerarbeiter, sagte, als über den neuen Kurs der Partei diskutiert wurde: »Ich will davon nichts wissen, das ist doch alles Mist.« Er machte eine wegwerfende Handbewegung und ließ sich in keine Diskussion mehr ein.

Bei einer Betriebsversammlung Aufbauleitung II, IV und V sagte ein Rottenmeister Folgendes: »Zur Regierung kann man ja kein Vertrauen haben, wenn ein Eisenbahner einen Fehler macht und daraus ein Unfall entsteht, wird er bestraft. Die Regierung hat einen Fehler gemacht und dadurch das ganze Volk in Aufstand gebracht und geht straffrei aus.«

Weiter kam in dieser Versammlung zum Ausdruck, dass die Belegschaft und die Arbeiter der Bau-Union vom Verschiebebahnhof Wuhlheide mit der Betriebs-HO sehr unzufrieden sind. Dort gibt es sehr viele alkoholische Getränke, aber bei der Hitze keine Brause und Selters. Weiter wurde über die Hygiene dieser Verkaufsstelle Klage geführt. Über die Sparsamkeit sagten die Kollegen: »Sie sollen mit jedem Gramm und mit jeder Minute sparen, aber die HO könne sich leisten, zwei Lkw nach 15 kg Margarine zu schicken.«

Bei den Kollegen der Aufbauleitungen ist eine schlechte Stimmung, da sie nicht prämiert werden können, weil für sie kein Direktorenfonds² da ist. Auch für kulturelle Erziehung und Bestätigung hat man bis jetzt an die Aufbauleitung nicht gedacht.

Die Kollegen [Name 6] und [Name 7], von der Abteilung Bau des RBA, sagten, dass es gut ist, wenn eine Regierung ihre Fehler offen zugibt und einsieht. Zu solch einer Regierung kann man immer Vertrauen haben, wenn sie aus diesen Fehlern und Lehren die Schlüsse ziehen. In Erfahrung gebracht wurde, dass aufgrund des Sparsamkeitsregimes und der Strukturänderung bei der Reichsbahn Kündigungen ausgesprochen waren, die infolge der Ereignisse zurückgenommen wurden. Die Notenbank gibt aber nur die Mittel, die im neuen Arbeitskräfteplan enthalten sind. Diesen Monat hat die Notenbank die überschrittenen Lohngehälter vorgestreckt, die aber zurückgezahlt werden müssen. Das Ergebnis ist, dass die Dienststellen in den nächsten Monaten keine Lohngehälter haben werden oder [es] müssen viele Kündigungen durchgeführt werden. Die Kräfte werden aber auf den Dienststellen benötigt.

In einer Mitgliederversammlung der Rbd Berlin sagte Genosse [Name 8], dass man der Flüsterpropaganda entgegentritt, indem man in der Presse mehr über den Präsidenten schreibt, als dass er sich auf dem Wege der Genesung befindet und sonst mit ihm alles in Ordnung ist. Die leitenden Genossen sollen nicht mehr so viel mit den Autos fahren, sondern die Verkehrsmittel benutzen, denn dort kann man die Meinung der Bevölkerung erfahren.

Der Genosse [Name 9] sprach in der Diskussion über die Kollegen im Hauptlager, die nur 200 DM verdienen und trotzdem bei den Ereignissen am 17.6. positiv zu uns gestanden haben. Es wäre angebracht, dass sich die Leitung der Rbd Berlin auch mal um diese Kollegen kümmert, denn es ist ja nicht einfach mit dem Verdienst auszukommen.

Der Genosse [Name 10] sprach über die Deutsch-Sowjetische Freundschaft, dass gerade die sowjetischen Freunde wieder ihre Freundschaft am 17.6. bewiesen haben und wir zum Dank verpflichtet sind. Die Leitung muss aber mehr als bisher die Arbeit der DSF unterstützen.

Der Oberwerksmeister [Name 11]: »Die Kollegen des Lokhauses diskutieren über die Ereignisse vom 17.6.1953 nicht. Über den neuen Kurs der Regierung wird allgemein von den Kollegen gesprochen. Sie sagen, warum ging es solange nicht und plötzlich ist alles da, sei es das viele Gemüse oder sonst. Ich habe bis jetzt nur zustimmende Gespräche über den neuen Kurs gehört. Die Kollegen schimpfen über den Anstau der acht Gleise im Lokschuppen, da sie jetzt eng zusammengedrängt arbeiten müssen. Seit Pfingsten wurde an den Gleisen gearbeitet und seit vier bis fünf Tagen ist Schluss, da angeblich kein Kies vorhanden ist.«

Der Dienststellenleiter [Name 12] und der Lokfahrmeister [Name 13] werden unter der Kategorie leitende Angestellte geführt und bekommen keine Überstunden bezahlt. Sie sind der Meinung, dass das nicht so weitergeht, wo sie während des Putsches Tag und Nacht gearbeitet haben.

Lokheizer [Name 14] und Lokführer [Name 15]: »Wir sind gespannt, wie schnell das MfE³ arbeiten wird, um die vorgebrachten Mängel bei der Versammlung am 30.6.1953 aufgrund des Sofortprogramms zu beseitigen.« Beide sind gegen die unterschiedliche Einstufung von Lokführern und Lokheizern.

Der Schlosser [Name 16] äußerte: »Ich sehe ein, dass wir einen Fehler gemacht haben. Auf diese Art und Weise konnten wir natürlich nichts erreichen. Die Ausschreitungen am 17.6. waren ja direkt Verbrechen. Ich verstehe aber nicht, dass das mit der Fettigkeit nicht klappt, das, was ich auf die Karten bekomme, langt nicht. In der HO gibt es nichts. Ich kann doch nicht mit trockenem Brot auf die Arbeit gehen. Das muss doch einmal anders werden.«

Der Gruppenleiter [Name 17]: »Die Partei hat hier vollkommen die Verbindung mit den Arbeitern verloren. Am 9.7.1953 ist im Betrieb eine Belegschaftsversammlung. Die Kollegen äußerten sich anerkennend darüber. Man sagt, dass es höchste Zeit wird, dass eine Versammlung stattfindet, damit man sich einmal aussprechen kann. Es hat bald den Anschein, dass die Kollegen im Schuppen das Vergangene vergessen haben. Die Arbeitsfreudigkeit ist wieder gestiegen.«

Unter dem Triebwagenpersonal besteht eine Unzufriedenheit. Die Kollegen haben bisher am 10. des Monats ihr Kilometergeld bekommen. Jetzt wird das Geld am 20. bezahlt. Im Mai 1953 ist eine Verfügung von der RBD Berlin gekommen, die besagt, dass das Kilometergeld erst am 20. bezahlt wird. Die Kollegen sind sehr verärgert darüber. Sie fragen sich, warum ist das so.

Rangiermeister [Name 18] sagte: »Die Rangierer begrüßen die Maßnahmen der Regierung, weil dadurch ihr Lebensunterhalt verbessert wird.« Vor allem hob er hervor, dass der Provokateur [Name 19], Zugschaffner Bhf. Königs Wusterhausen, bei der Überführung mit dem Zellenwagen von KW [Königs Wusterhausen] nach Zossen von den Kollegen überhaupt nicht beachtet wurde.

Betriebsabrechnerin [Name 20], Bhf. Königs Wusterhausen: »Meine größte Sorge ist das Lebensmittelkartenproblem, ich reiche mit den Marken bis zum 15. eines jeden Monats, dann müssen wir HO kaufen.«

Triebwagenschaffnerin [Vorname Name 21]: »Das ist ein Mist, dass wir nicht durchfahren können. Es gibt für uns jetzt wenig zu tun. Viele Kollegen sind übrig. Wir können nicht voll leisten. Es ist ein Unterschied, ob man 40 DM oder 18 DM Kilometergeld bekommt.«

Angestellte der Reichsbahn, die in Potsdam usw. wohnen, beschwerten sich darüber und drohen mit Dienstverweigerung, da sie, um ihren Dienst anzutreten, zu einer Fahrt drei Stunden mehr benötigen. Außerdem wären die eingesetzten Züge sehr voll. Sie sind der Meinung, dass der Verkehr durch den Westsektor wieder aufgenommen werden muss.

Genosse [Name 22] erzählte, dass er eine Diskussion in der S-Bahn gehört habe, wo zwei Reisende den übrigen Mitfahrenden erklärten, dass die HO-Preise fallen, das sehe man daraus, dass ein Kilo Zucker nicht mehr 1,20 DM, sondern 1,50 DM und ein Liter Milch nicht mehr 0,22 DM, sondern der Liter Milch 0,34 DM kostet. (Das wäre zynisch gesagt worden.) Weiter sagte Genosse [Name 22], dass unter den Kollegen jetzt jede Kleinigkeit, die Missfallen erregt, diskutiert würde: So unter anderem, dass die dünnen FDJ-Jacken früher, vor ein bis zwei Jahren, 18 DM und 26 DM gekostet haben, heute kosten sie für Männer 52 DM und für Kinder 40 DM, obwohl sich in der Qualität nichts geändert hat. Weiter kosten die Kinderschuhe bis Größe 22 9 DM, ab Größe 23 17 DM. So etwas hätte es früher nicht gegeben. Abteilungsleiter Fernmeldewesen [im] MfE *Brandt* sagte: »Man hat durch die Bekanntgabe der Fehler der Regierung in der Presse einen Fehler gemacht. Meiner Meinung nach wäre es richtiger gewesen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung stillschweigend durchzuführen. Das hätte bei der Bevölkerung mehr Anklang gefunden und vor allem dem Gegner keine Gelegenheit gegeben, seine Handlungen am 17. Juni durchzuführen.«

[Name 23], HV Sicherungs- und Fernmeldewesen:⁴ »Bisher war es immer so, dass die Aussprachen mit den Kollegen stets mit Stillschweigen beantwortet wurden. Jeder der Kollegen hatte das Gefühl, dass er ja nicht zu viel sagt. Seit der Zeit, wo nun unsere Regierung den neuen Kurs eingeschlagen hat und jeden Bürger der DDR auffordert, Kritik zu üben und ihre offene und ehrliche Meinung zu sagen, kommen die Kollegen aus sich heraus und äußern ihre Meinung.« Er sagte z. B. auch, dass die Partei bisher stets eine sektiererische Haltung eingenommen hat. »Dies trifft zu bei Sondereinsätzen, Veranstaltungen oder Objektschutz. Die Kollegen waren dann der Meinung, wird ja alles schon von der Partei erledigt.« Am 17.6.1953 habe er nun für den Objektschutz auch die zuverlässigen Kollegen eingeteilt, die nicht Mitglieder der SED sind, wodurch er viel Vertrauen der Kollegen zu unserer Partei zurückgewonnen hat. »Die Kollegen sind nun der Meinung, dass sie nicht nur ein notwendiges Übel sind, sondern beweisen können, dass auch sie unsere Regierung stützen und festigen können.«

Genosse [Name 24], HV Reiseverkehr:⁵ »Die Stimmung der Kollegen in unserer HV ist gut. Es wird jetzt viel offen diskutiert, wie es früher nicht der Fall war. Die Kollegen gehen in den Diskussionen jetzt aus sich heraus, wie sie es früher, vielleicht vor Angst, »zuviel« zu sagen, nicht taten. Auch am 17.6. und den darauffolgenden Tagen bildete unsere HV, wie auch noch heute, ein gutes Kollektiv. Mancher Kollege, von dem man es nicht erwartete, weil er immer etwas zurückhaltend und zur politischen Lage keine richtige Stellung einnahm, erklärte sich in den Tagen der Westberliner Provokationen bereit, z. B. Objektschutz mit zu machen.«

Im Allgemeinen ist auch hier zu verzeichnen, dass man über die Ereignisse vom 17. und 18.6.1953 wenig spricht, sich aber in der Hauptsache darauf konzentriert, ob die Regierungsbeschlüsse wie festgelegt auch verwirklicht werden.

Stimmung von Rückkehrern in das Gebiet der DDR

Dem Ministerratsbeschluss vom 11.6.1953⁶ folgend, kehrten in der Zeit vom 4.7.1953 bis 5.7.1953 insgesamt 132 Personen in das Gebiet der DDR zurück. Davon sind 15 Personen, die erstmalig in das Gebiet der DDR kamen. Republikflüchtig wurden in dem gleichen Zeitraum 134 Personen. In der Zeit vom 5.7.1953 bis 6.7.1953 kehrten insgesamt 26 Personen in das Gebiet der DDR zurück. Davon waren zwei Personen aus Westdeutschland, die erstmalig das Gebiet der DDR aufsuchten und um Aufnahme baten. Zwölf Personen wurden im gleichen Zeitraum republikflüchtig.

Von den Rückkehrern wurden in Form einer zwanglosen Unterhaltung insgesamt mit 17 Personen über die Aufnahme des Ministerratsbeschlusses unter den Flüchtlingen sowie ihre Eindrücke bei der Aufnahme in der DDR befragt. Von diesen befragten Personen sind zwölf Arbeiter, ein Bauer, drei Geschäftleute und ein Angestellter. Aufgrund der Angaben dieser Personen kann Folgendes berichtet werden:

1. Aufnahme des Ministerratsbeschlusses bei den Flüchtlingen in Westdeutschland und Westberlin

Im Allgemeinen wurde der Beschluss des Ministerrates von den Flüchtlingen positiv aufgenommen. Ausnahmen machten die Personen, die als politische Flüchtlinge anerkannt wurden oder sich eines sonstigen Verbrechens in der DDR schuldig gemacht haben. Diese versuchen jetzt, unter den Flüchtlingen Missstimmung hervorzurufen, indem sie die Beschlüsse als ein Täuschungsmanöver hinstellen. Viele der Flüchtlinge in den Lagern ließen sich deshalb auch verleiten und fassten noch nicht den Mut, in die DDR zurückzukehren, trotzdem dass die dies gerne möchten.

So sagte der Rückkehrer [Name 25, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1912 in Gera, wohnhaft: Gera-Langenberg, [Straße, Nr.], Folgendes: »Er sowie viele in Westberlin im Lager befindlichen Personen glauben noch nicht, dass der Beschluss des Ministerrats und die Maßnahmen von Dauer sein werden. Er begründet dies damit, dass unsere Politik von den »Russen« bestimmt würde und da sehe man [nicht] immer klar.«

2. Stimmung und Hemmungen der Flüchtlinge bei ihrer Rückkehr

Nach den Angaben der befragten Personen ist in den Flüchtlingslagern allgemein eine schlechte Stimmung zu verzeichnen. Zurückzuführen ist dies darauf, dass die meisten der Flüchtlinge sich vielmehr vom Westen versprochen haben und nun schwer enttäuscht wurden. Diese Personen sitzen jetzt missmutig im Lager herum, sind arbeitslos und haben auch keine Aussicht, welche zu bekommen, da es in Westdeutschland und Westberlin selbst noch genug Arbeitslose gibt. Es wird ihnen dort vielfach der Vorschlag gemacht, vor allen Dingen jungen Menschen, in die Söldnerarmee⁷ einzutreten oder nach Kanada auszuwandern und sich dort eine neue Existenz zu schaffen. Der Rückkehrer [Name 26], geb. [Tag, Monat] 1925, wohnhaft in Gera, [Straße, Nr.], äußerte anlässlich einer Unterhaltung: »Ich war vom Juli bis Dezember mit meiner Familie im Lager Karlsruhe untergebracht (später erhielten sie ein Zimmer bei Verwandten). In demselben Lager sind Flüchtlinge viele Jahre untergebracht und haben auch keine Aussichten raus zu kommen. Infolgedessen, dass in Karlsruhe 17 000 erwerbslose Metallarbeiter sind, konnte ich als Maschinenschlosser keine Arbeit finden, lediglich für den Bergbau werden laufend Arbeitskräfte benötigt. Aufgrund der großen Not in der ich mit meiner Familie lebte, meldete ich mich in den Bergbau im Ruhrgebiet. Durch die doppelte Haushaltsführung und die hohen Lebensmittelpreise war es mir nicht möglich, diese Arbeit lange auszuführen. Ich forderte deshalb von der Werksleitung eine Werkswohnung, um meine Familie nachzuholen. Diese wurde mir auch versprochen, mit der Forderung, dass ich mich verpflichten müsse, ewig im Bergbau zu arbeiten und noch zusätzlich mein Kind dorthin bringen müsse. (Mein Sohn ist ein halbes Jahr alt.)«

Der Rückkehrer [Name 27, Vorname], 27 Jahre alt, wohnhaft in Plauen, [Straße, Nr.], äußerte: »Die Stimmung unter den Flüchtlingen ist nicht gut. Es gibt drüben sehr viele arbeitslose Menschen, ich selbst war drei Jahre ohne Arbeit, schlug mich als Gelegenheitsarbeiter durch. Die Unterstützung der Republikflüchtigen vonseiten der Bonner Regierung ist nicht vorhanden. Flüchtige Personen finden ganz schwer Arbeit, denn das Heer der Arbeitslosen ist groß. Vor allem die Jugendlichen verkommen drüben vollkommen, sie finden keine Arbeit, treiben sich herum, betreiben Spekulationsgeschäfte, Diebstähle, Einbrüche usw. und enden vielfach in der Söldnerarmee, Fremdenlegion oder im Gefängnis. Der größte Teil der Flüchtlinge möchte gerne wieder in die DDR zurückkehren.«

Aus all den Angaben ist zu ersehen, dass die Flüchtlinge wohl den Willen haben, wieder in die DDR zurückzukehren, aber durch die Hetze vonseiten des RIAS usw. beeinflusst werden und nicht den Mut zur Rückkehr finden. Agitation und Hetze halten also die Flüchtlinge von der Rückkehr in ihre Heimat ab.

3. Maßnahmen und sonstige Versuche der westlichen Behörden, um eine Rückkehr der Flüchtlinge zu verhindern

Viele der Befragten machten Angaben darüber, dass von westlicher Seite aus versucht wird, die Rückkehr der Flüchtlinge zu verhindern. Dies geschieht vor allem, wie schon angeführt, durch Hetze von Presse und Rundfunk sowie die verschiedensten und unglaublichsten Berichte, die im Lager über die DDR in Umlauf gesetzt werden. Weiterhin werden den Flüchtlingen, wenn sie das Lager legal verlassen wollen, Schwierigkeiten bei der Abmeldung bzw. bei der Aushändigung ihrer Ausweise gemacht. Es wurde auch berichtet, dass die Kirche versucht, Einfluss bei den Flüchtlingen im Lager zu gewinnen und sie für ihre Zwecke gebrauchen zu können.

Die meist angewendete Agitation vonseiten der Lagerleitung ist die, dass sie den Flüchtlingen sagen, die Regierungsbeschlüsse sind nur eine Falle und wenn ihr zurückkehrt, so werdet ihr sofort verhaftet und nach Sibirien oder sonst wohin verschleppt. Einige Befragte äußerten auch, dass die KPD in Westdeutschland diesen Gerüchten entgegentritt und versucht, die Flüchtlinge über die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR aufzuklären. Die meisten der Flüchtlinge verlassen deshalb die Lager auch meist illegal, da ihnen sonst zu viele Schwierigkeiten bereitet werden. In letzter Zeit wird auch wiederholt versucht, den Flüchtlingen Versprechungen zu machen, wie z. B., dass die Bauern Höfe bekommen sollen, allerdings in Kanada oder anderen überseeischen Ländern, sowie die Flüchtlinge würden von jetzt ab auch besser unterstützt werden.

So äußerte der Rückkehrer [Name 28, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1928 in Herne/Westf. wohnhaft: [Straße, Nr.]: »Es wird mittels Rundfunk und Presse versucht, die Flüchtlinge vor einer Rückkehr zu warnen, indem man propagiert, dass sie wieder zurückgeschickt würden, dass sie durch sowjetische Dienststellen abtransportiert oder von den Sicherheitsorganen in stundenlangen Verhören festgehalten würden. Der Befragte betonte, dass die KPD die Flüchtlinge unterstützt und ihnen Aufklärung gibt.«

4. Über die Durchführung der Beschlüsse des Ministerrates

Im Allgemeinen waren die Rückkehrer mit der Aufnahme in der DDR sehr zufrieden. Die Formalitäten wurden schnell und unbürokratisch erledigt und sie wurden überall höflich behandelt. Es gibt allerdings auch einige Beispiele, wo die Rückkehrer nicht ganz zufrieden sind und ihnen Schwierigkeiten bereitet werden.

So sagte der Rückkehrer [Name 28, Vorname]: »Er habe jetzt Schwierigkeiten in Bezug auf einen Arbeitsplatz. Nach seinen Angaben hat er schon bei mehreren Betrieben, darunter auch Wismut AG, versucht, Arbeit zu bekommen, aber immer ohne Erfolg. Er brachte vor allem zum Ausdruck, dass andere Flüchtlinge von ihm auf Post warten, um dadurch zu erfahren, ob eine Rückkehr günstig ist oder nicht. Die Flüchtlinge legen dabei besonders Wert zu erfahren, wie es mit den Arbeitsmöglichkeiten aussieht. Sonst war er mit der Behandlung und der Fürsorge durch andere Dienststellen sehr zufrieden.«

Der Rückkehrer [Name 27, Vorname], aus Plauen äußerte in einer Unterhaltung: »Ich war sehr erstaunt über die gute Aufnahme in der DDR und vor allem über die Verhältnisse, wie sie hier herrschen. Ich wurde überall zuvorkommend behandelt, durfte sogar mein Motorrad behalten und bekam noch Spritmarken für unterwegs. Ich habe keinerlei Beanstandungen, lediglich wurde mir, als ich im VEB Mafo⁸ in Plauen mit Arbeiten anfangen wollte, vom Personalchef gesagt, dass Leute, welche aus der Westzone zurückkehren, erst ein halbes Jahr in der DDR sein müssten, ehe sie Arbeit in der Schwerindustrie bekommen können.«

Der Molkereibesitzer in [Ort], Kreis Schwerin, [Name 29, Vorname], 50 Jahre alt, kam ebenfalls aus Westberlin wieder in die DDR zurück und machte folgende Angaben: »Die Aufnahme durch die VP in Berlin hat mich begeistert, so wie die Aufnahme hier in Schwerin. Meine Molkerei, die Wohnung und den Lieferwagen habe ich sofort zurückerhalten. Ich werde allen Bekannten im Lager über die wahren Verhältnisse hier in der DDR schreiben.«

Es wurde uns auch berichtet, dass Bürgermeister aus Städten und Gemeinden nach Westberlin fahren und Bauern bzw. Gewerbetreibende aus den Flüchtlingslagern versuchen zurückzuholen, indem sie sie vorher über die genauen Zustände in der DDR aufklären und dann sofort mit in ihre Heimatorte zurücknehmen. Die Meldung dieser Rückkehrer erfolgt dann erst in ihrer Heimat, wo sie wohnhaft gewesen waren. So berichtet der rückkehrende Bauer [Vorname Name 30] aus Grütow bei Anklam: »Ich kehre deshalb zurück, weil der Bürgermeister der Gemeinde Neukiritsch aus dem Gebiet von Leipzig am 3.7.1953 die von dort geflüchteten Bauern [Name 31] und [Name 32] im Lager Marienburg,⁹ Rathausstraße 42, aufgesucht und sofort mitgenommen hat. Ich habe daraus die Überzeugung gewonnen, dass die Verordnung der Regierung auf Wahrheit beruht und kehre deshalb auch zurück.«

Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass Personen, die auf diese Art das Gebiet der DDR wieder aufsuchen, sich nicht nach Überschreiten der Zonen bzw. Sektorengrenze melden, sondern die Anmeldung erst in ihren Heimatorten, Städten oder Gemeinden erfolgt.

Zur Information noch ein Beispiel eines ehemaligen Fremdenlegionärs, der aus der Fremdenlegion geflüchtet ist, sich danach noch lange Zeit in Frankreich aufhielt und nun wieder in die DDR zurückkehrt. Es handelt sich um den Rückkehrer [Name 33, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1924 in Berlin, vor seiner Flucht wohnhaft gewesen in Berlin N 54, [Straße, Nr.].

Nach den Angaben des [Name 33] war er mit seinem Freund Mitte Januar 1948 in der Nähe der Friedrichstraße. Dort wurde er von einem Herrn angesprochen, der ihnen, nachdem er erfahren hatte, dass sie arbeitslos waren, Arbeit in der Landwirtschaft in Frankreich versprach. Sie mussten einen Vertrag für fünf Jahre unterschreiben. Da sie die französische Sprache nicht beherrschten, so unterschrieben sie auch den Vertrag. Sie wurden dann für den nächsten Tag in den französischen Sektor bestellt. Welche Dienststelle sich dort befand, konnte [Name 33] nicht mehr genau angeben, er wusste nur, dass sich dort die französische Gendarmerie und Sûreté¹⁰ befand. Von dort aus wurde er mit seinem Freund mit einem Transport nach Marseille gebracht. Mit Lkw wurden sie von dort abgeholt und nach dem Fort Saint-Nicolas gebracht. Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass sie einen Vertrag für die Fremdenlegion unterschrieben hätten und von nun an unter das französische Militär gestellt seien. [Name 33] war dort längere Zeit krank und als er gesund wurde, musste er die Schiffe, die aus Casablanca kamen, mit entladen. Bei dieser Arbeit passte er die erste beste Gelegenheit ab und flüchtete mit noch einem Kameraden. Nach den Angaben des [Name 33] beherrschte sein Kamerad, der mit ihm flüchtete, die französische Sprache und so war es ihnen möglich, sich Sachen zu beschaffen sowie einen anderen Namen zuzulegen und sich französische Papiere zu besorgen. Vom Lager aus fuhren sie nach Paris, wo sie sich vier Wochen aufhielten, und von dort nach Nancy,¹¹ wo sein Kamerad angeblich Bekannte hatte und wo wir unterkamen. In Nancy waren sie Ende 1951. Sein Kamerad besorgte dort Arbeit bei einer Baufirma in Dijon. Dort trennte er sich angeblich von seinem Freund und ging nach Saarbrücken. In Saarbrücken lernte er einen Unternehmer namens [Name 34] oder [Name 35] kennen. Mit diesem blieb er bis August 1952 zusammen. Im August 1952 kam er dann illegal über die deutsche Grenze bei Homburg. Auf dem Wege nach einem Lager, wo er sich melden wollte, erkrankte er an Gelenkrheumatismus und wurde zur Universitätsklinik nach Freiburg im Breisgau überwiesen. Dort wurde er am 8. Januar 1953 entlassen und bekam einen Fahrschein nach dem Lager Friedland. Nach seinen Angaben befanden sich in diesem Lager nur Personen, die aus dem Ausland aus der Fremdenlegion kamen oder Deserteure waren. Der Lagerleiter in diesem Lager ist Obersturmbannführer Fuchs, stellvertretender Lagerleiter ist Oberleutnant Rehm, die Lagerleitung besteht aus ehemaligen SS-Offizieren.¹² In diesem Lager war [Name 33] bis zum 18.6.1953. Nach seiner Entlassung ist [Name 33] mit dem Interzonenomnibus nach Westberlin gefahren. Dort suchte er seinen Cousin [Vorname Name 36], wohnhaft: Berlin-Charlottenburg, [Straße, Nr.], auf und verblieb dort bis zum 2.7.1953.

Auf die Frage, wie die Erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl im Lager Friedland aufgenommen wurde, äußerte er: »Mir ist bekannt, dass aus dem Lager Friedland viele Personen den Entschluss fassten wieder zurückzukehren. Wir hörten dort im Lager die Rede des Ministerpräsidenten und lasen auch in der Presse den Aufruf.«

Auf die Frage, ob sie von der Rückkehr abgehalten werden und wie die Stimmung der Bevölkerung sowie der sog. politischen Flüchtlinge gegenüber der DDR ist, sagte er: »Mir ist bekannt, dass die Anträge auf Interzonenpass, wovon die Rückkehr abhängt, bewusst von bestimmten Stellen im Lager zurückgehalten werden. Es wurde gesagt, dass Richtlinien von Bonn gegeben wurden und dass dadurch keiner zurückkommt. Ich selbst musste vier Wochen auf den Interzonenpass warten. Was den Arbeiterstand anbetrifft, so kann ich sagen, dass sie viel auf die DDR halten, weil sie in Westdeutschland unter schlechten Bedingungen leben und das Einkommen gering ist. Durch die Propaganda, die von der Lagerleitung gemacht wird, z. B. man würde die Leute sowieso einsperren und es wäre nur ein Fang [sic!], wissen viele der sogenannten politischen Flüchtlinge nicht, was sie machen sollen. Sie sind der Meinung, wenn sie alles schwarz auf weiß hätten, dass sie alles wieder bekommen, was sie im Stich gelassen haben, sie zurückkehren würden. Es haben viele bereut, dass sie überhaupt nach dem Westen gegangen sind, weil sie im Lager schlecht leben und keine Unterstützung bekommen.

Mir ist bekannt, dass die Jugendlichen bis zu 25 Jahren in Lager kommen wie Loccum, Poggenhagen, Sandbostel, die weiblichen Jugendlichen werden in Haushaltsstellen vermittelt und die männlichen Jugendlichen werden dort festgehalten und für die neue Wehrmacht registriert.¹³

Die nicht anerkannten politischen Flüchtlinge sind gezwungen, um nicht auf der Straße zu liegen, auf kirchlichen Gütern für einen Tageslohn von 35 Pfennig (Essen und trinken frei) zu arbeiten.«

Auf die Frage, wie die Stimmung über den 16. und 17.6.1953 im Lager war, äußerte er: »Ein Teil der Flüchtlinge hat geschimpft, dass sich der ›Russe‹ in deutsche Angelegenheiten einmischt. Der andere Teil, zwei Drittel von den Anwesenden, war der Meinung, dass es richtig war, dass die sowjetische Armee eingegriffen hat, um eine Katastrophe zu verhindern.«

[Name 33] will jetzt zu seiner Mutter nach Berlin N 54, [Straße, Nr.], und dann zu seinem Onkel, [Name 37], wohnhaft in Dewichow, Usedom. Dieser hat dort eine Landwirtschaft und ist erkrankt. Er möchte ihm nun dort in seiner Wirtschaft behilflich sein.

Über den »Tag des Bergmanns«14

Nach bisherigen Meldungen ergaben sich bei der Durchführung der Feierlichkeiten anlässlich des »Tages der Bergmannes« keine besonderen Vorkommnisse. Eine Tätigkeit vonseiten des Gegners wurde nicht festgestellt.

Die Beteiligung an den Demonstrationen und Kundgebungen war im Allgemeinen gut bis zufriedenstellend. Eine schlechte Beteiligung war im Braunkohlenwerk Plessa, Kreis Liebenwerda, festzustellen, wo von ca. 1 000 Kumpels nur 25 % an der Demonstration teilnahmen. Die zu diesen Kundgebungen gehaltenen Referate, welche auf die Leistungen der Bergleute eingingen sowie die Vorkommnisse des 17.6.1953 und die Beschlüsse der Regierung zum Inhalt hatten, wurden überall gut aufgenommen. Im Anschluss daran fanden Sportveranstaltungen bzw. Kulturveranstaltungen statt. Sie wurden mit großem Interesse von den Kumpels aufgenommen. Es war aber auch zu verzeichnen, dass manche Veranstaltungen schlecht organisiert waren, so wurde die Sportveranstaltung der Kumpels der Grube Greifenhain, Bezirk Cottbus, schlecht vorbereitet. Die Teilnehmer äußerten sich, dass der vorjährige »Tag des Bergmanns« würdiger ausgestaltet war.

Gleichfalls waren die Vorbereitungen in Zwickau mangelhaft. So wurden z. B. die für den Bau der Tribüne auf dem Marktplatz gegebenen Anweisungen oft geändert, sodass eine planmäßige Arbeit nicht durchgeführt werden konnte. Erst am 3.7.1953 fand die erste Absprache betreffs des Vorbeimarsches statt. Am 3.7.1953 wurden erstmalig durch die »Freie Presse« die Losungen zum »Tag des Bergmanns« sowie die Aufmarschpläne herausgegeben, in welcher die VEB und die Bevölkerung der Stadtbezirke angesprochen wurden.¹⁵

Gleichfalls wurde der Staatsakt im Lindenhof schlecht vorbereitet. So ist es z. B. vielen unbegreiflich, dass bei diesem Staatsakt, an welchem doch größtenteils unsere Kumpel interessiert sind, vom Martin-Hoop-Werk neun Delegierte, vom Karl-Marx-Werk sieben Delegierte, vom August-Bebel-Werk fünf Delegierte, von der Stadtverwaltung ein Delegierter und von der Kreisleitung der SED zwei Delegierte eingeladen wurden.

Dazu kommen noch Delegationen der Wismut aus Böhlen und Mansfeld hinzu. Insgesamt waren höchstens 500 Delegierte anwesend. Der Lindenhof, wo dieser Staatsakt stattfand, hat jedoch 1 500 Personen Fassungsvermögen. Die Kumpels können nicht verstehen, warum diese Plätze nicht voll ausgenutzt wurden. Bei der Vorbereitung des Staatsaktes hat sich von der Kreisleitung der SED in Zwickau niemand sehen lassen.

Im Allgemeinen ist die Stimmung zur Auszahlung des Treuegeldes unter den Kumpels und der Bevölkerung gut. So sagte z. B.: Der Hauer [Name 38] vom Martin-Hoop-Werk III: »Ich begrüße es, dass die Regierung durch die Maßnahmen auch Bergleute berücksichtigt hat, die über Tage tätig sind. Im vergangenen Jahr war dies nicht der Fall. Mit diesen Taten beweist die Regierung der DDR, dass sie auch wirklich hält, was sie verspricht.«

[Name 39] aus Zwickau sagte: »Früher war dies nicht möglich, dass man den Bergmann feiert. Heut aber wird er gefeiert und auch noch gut bezahlt, das haben wir nur der Regierung zu verdanken.«

Trotzdem gibt es aber noch unter einem Teil der Kumpels negative Äußerungen zur Prämienzahlung, indem zum Ausdruck gebracht wird, dass Sie mit der prozentualen Aufteilung nicht einverstanden sind. Dazu äußern sich u. a. der Zimmermeister [Name 40] und der Brigadeführer [Name 41] im Holzschneidebetrieb, beide Martin-Hoop-Werk III, und sagen, sie wollen für die Holzschneider den Lohn in die Lohngruppe 5 festlegen. Es ging vor allen Dingen darum, dass die Kollegen nur 2 % Belohnung erhalten, während der Brigadeführer 5 % erhält. Ähnlich ist es auch im Maschinentechnischen Büro.

Der Arbeiter [Vorname Name 42], Maschinenhaus III des Martin-Hoop-Werkes, sagte: »Ich kann nicht verstehen, dass die Funktionäre in den Betrieben immer wieder Fehler machen, welche die Regierung dann beseitigen muss. Es ist doch schlecht, wenn man so große Unterschiede in der Auszahlung der zusätzlichen Gelder macht. Man soll doch allen 5 % geben, damit wäre auch keine Gleichmacherei zu verzeichnen, da es ja in verschiedenen Lohngruppen Unterschiede gibt.«

Der Genosse [Name 43], Hauer bei der Wolfram- und Zinnerzgrube Gottesberg, äußerte sich vor Dienstbeginn (Nachtschicht) am 4.7.1953: »Heute werden nicht viele zur Schicht kommen aufgrund der Prämienzahlung. Ein sehr großer Teil hat einen über den Durst getrunken. Hier haben sie alle den Kopf voll, trotz der Prämienzahlung. Es ist aber auch nicht schön, wir werden hier ja zu schlecht bezahlt den gleichgestellten Betrieben gegenüber. In der Norm stehen wir an erster Stelle und in der Bezahlung an letzter, das kann auf keinen Fall richtig sein. Die Kumpels versuchen deshalb zur Wismut zu kommen, weil sie für die gleiche Arbeit dort entsprechend mehr bekommen.« In verschiedenen Fällen bestehen noch Unklarheiten unter der Belegschaft in Bezug der Prämienzahlung, welche bei besserer Aufklärung hätten vermieden werden können. Beim Kollegen [Name 44] und [Name 45] – beide Karl-Marx-Werk Zwickau – bestand Unklarheit. Da sie länger als fünf Jahre tätig sind, waren sie der Meinung, dass sie Anspruch auf 8 % Prämien hätten. Dem ist aber nicht so, da das Gesetz zur Verbesserung der Lage der Arbeiter im Bergbau erst seit 1949 in Kraft ist. Es wurde der Fehler begangen, dass man nicht in leicht verständlicher Weise der Belegschaft durch Aushang oder besser noch in Kurzversammlungen die Beschlüsse bzw. Gesetze bekannt gegeben hat.

Maßnahmen des Feindes

Am 5.7.1953, gegen 0.30 Uhr, wurden in Freiberg/Sachsen auf der Georgenstraße 30 Hetzzettel in Streichholzschachtelgröße mit der Aufschrift »Alles Lüge« gefunden. Gegen 0.30 Uhr wurden ca. 200 Hetzzettel im Scheringer Park mit der Aufschrift: »Wir fordern freie Wahlen« gefunden. Diese Flugblätter waren fast hinter jedem Baum in der Menge 5–10 Stück verstreut. In der Zeit zwischen 4.50 und 5.00 Uhr wurden auf der Hornstraße und Schillerstraße weitere Hetzzettel gefunden mit dem Inhalt »Gegen nationale Streitkräfte. SED pack ein und alles Lüge«, insgesamt ca. 50 Stück. Weiterhin wurden 20–30 Stück der großen Hetzzettel, in welchen gegen Funktionäre des MfS, SED-Kreisleitung u. a. Verwaltungsorgane gehetzt wird, aufgefunden.

Über die Lage der Versorgung der Bevölkerung

Im Allgemeinen ist die Lage der Versorgung der Bevölkerung gesichert. Es treten jedoch noch vereinzelt Mängel in der Belieferung auf. In den Grenzkreisen traten folgende Mängel in der Belieferung auf: In Beensdorf ¹⁶ (Bereich der GPB Halberstadt) ist eine schlechte Belieferung mit Margarine und Bier zu verzeichnen. In Schwickershausen (Gebiet der GPB Meiningen) besteht ein Mangel an Brot und Mehl. Die letzte Lieferung nach dort erfolgte vor ca. acht Wochen. Im Kdo.-Bereich Hinterhermsdorf wird noch immer darüber Klage geführt, dass in der HO Butter und Margarine nicht erhältlich sind. Ebenfalls ist die Belieferung mit Obst und Gemüse noch schlecht. Im Kreis Sonneberg ist eine gewisse Verärgerung der Bevölkerung vorhanden, welche darauf beruht, dass die 500-Meter-Zone ¹⁷ für Pilz- und Beerensucher nicht freigegeben wird, da es sich gerade in diesem Kreis um die ergiebigsten Gebiete handelt. Aus den Bezirken der DDR wurden folgende Mängel bekannt:

Der Genosse [Name 46], Deutsches Rotes Kreuz Strasburg, äußerte sich in einer Mitgliederversammlung der Grundorganisation am 1.7.1953, dass es in der vorigen Woche in der HO Wurst und Aal zu kaufen gab. Die Wurst (½ Pfd) kam 1 DM, der Aal, welcher sonst 8,50 DM kostete, wurde für 3,50 DM verkauft. Beides war schon leicht verdorben und wurde deshalb billiger verkauft. Warum lässt man diese Nahrungsmittel erst schlecht werden, es geht doch dann unserer Ernährung verloren.

Importlieferungen von Gemüse und Obst

Es wurde bekannt, dass von den bisher eingelaufenen Gemüse- und Obstimporten aus den Volksdemokratien Ungarn, Bulgarien, Rumänien und ČSR sich der Verderbsatz bei Gemüse auf 40–60% und bei Obst auf 80–90% beläuft. Die Ursache hierfür ist, dass die Importe sechs bis zehn Tage Laufzeit benötigen und dadurch zum größten Teil total verfault und verdorben eintreffen, sodass bereits Hunderte von Tonnen vollkommen vernichtet werden mussten. Die Verderbsmenge wird dadurch immer noch vermehrt von den noch zzt. laufend eintreffenden Importen.

Die Abteilungen Handel und Versorgung der Bezirksräte verweigern weitere Importe von Blumen-, Weiß- und Wirsingkohl, da sämtliche Industriezweige und Handelsorgane vollkommen ausgelastet sind und nicht mehr aufnahmefähig an Gemüse. Es ist daher nicht mehr möglich, zzt. auch noch den geringsten Teil der noch guten Importware zu retten. Die Importleitstelle Bad Schandau verfügt zzt. über keine weiteren Dispositionen. Es besteht daher die Gefahr, dass alle noch jetzt einlaufenden Gemüseimporte der Vernichtung preisgegeben sind bzw. Schweinemästereien zugeführt werden müssen. Der Abschluss derartiger Verträge wurde von dem DIA geführt.

1

Wahrscheinlich ungewöhnliche Abkürzung für Dienstvorsteher.

2

Betrieblicher Dispositionsfonds, in den 1953 je nach Planerfüllung 2½ bis 4 % der Lohnsumme sowie 30 % des überplanmäßigen Gewinns eingezahlt wurden und aus dem kulturelle und soziale Einrichtungen des Betriebs (Fonds I) sowie das Erfindungs- und Vorschlagswesen (Fonds II) finanziert wurden. Vgl. Verordnung über die Bildung und Verwendung des Direktorenfonds in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft im Planjahr 1953 vom 16.4.1953. In: GBl. 1953, Bl. 589–592.

3

Von April 1953 bis November 1954 bestand in der DDR ein Ministerium für Eisenbahnwesen (MfE) unter der Leitung von Roman Chwalek (Jg. 1898, SED).

4

Hauptverwaltung im Ministerium für Eisenbahnwesen.

5

Hauptverwaltung im Ministerium für Eisenbahnwesen.

6

Der Ministerratsbeschluss zum »Neuen Kurs« vom 11.6.1953 basierte auf einem Beschluss des SED-Politbüros vom 9.6.1953, der der SED wiederum von der sowjetischen Führung oktroyiert worden war. Im Kern ging es um die Rücknahme des seit der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 geltenden harten politischen Kurses des »Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus«. Einige Maßnahmen, die im Zuge dieser Politik getroffen worden waren, wurden in einem Kommuniqué ausdrücklich als »fehlerhaft« bezeichnet. Insbesondere sollten geflüchtete ehemalige Bauern und Gewerbetreibende durch das Versprechen, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden und ihren Besitz zurückzuerhalten, veranlasst werden, in die DDR zurückzukehren. Vgl. Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 11. Juni 1953 und entsprechende Verordnungen. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 12.6.1953, S. 1.

7

Gemeint sind die Verbände des seit März 1951 im Aufbau befindlichen Bundesgrenzschutzes, die weithin paramilitärisch strukturiert und bewaffnet waren und teilweise in die 1955 gegründete Bundeswehr überführt wurden.

8

Einen VEB Mafo gab es in Plauen nicht. Möglicherweise ist der VEB Damenkonfektion (Dako) gemeint.

9

Gemeint ist der Berliner Stadtteil Mariendorf. Dort befand sich in einem ehemaligen Gebäude der Askania-Werke AG in der Rathausstraße 42 ein Flüchtlingslager des Deutschen Roten Kreuzes.

10

Gendarmerie Nationale und Sûreté Nationale, in dieser Zeit die beiden nationalen französischen Polizeibehörden.

11

Im Original stark verfremdet »Naci«, daher Zuordnung nicht ganz sicher.

12

Diese Behauptung ließ sich nicht verifizieren.

13

Anders als im Bericht nahegelegt, waren in diesen Lagern nicht ausschließlich männliche Jugendliche untergebracht. Im Flüchtlingslager Loccum befanden sich ausschließlich weibliche Jugendliche, im Lager Poggenhagen überwiegend männliche und im Lager Sandbostel (im Original »St. Bostel«) nur männliche Jugendliche.

14

Am ersten Sonntag im Juli und am darauffolgenden Montag wurde in der DDR seit 1951 der »Tag des Bergmannes« begangen. Damit folgte man einer sowjetischen Tradition, die diesen Feiertag bereits 1947 eingeführt hatte. In der DDR wurde mit diesem Tag auch die Verstaatlichung der Bergwerksbetriebe in der SBZ gefeiert, die Anfang Juli 1947 durchgeführt worden war. Vgl. Selbmann, Fritz: »Zum Tag des Bergmannes«. In: ND v. 30.6.1951, S. 1.

15

Vgl. »Losungen anlässlich des ›Tages des deutschen Bergmannes‹ 1953« bzw. »Zum ›Tag des deutschen Bergmannes‹. Hervorragende Produktionsleistungen zum Ehrentag der Kumpel«. Beide Artikel in: Freie Presse, Organ der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt (Zwickau-Stadt) v. 3.7.1953, S. 1.

16

Nicht zu identifizieren, eventuell Deesdorf.

17

Durch die vom Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser erlassene, am 26.5.1952 in Kraft getretene Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie (in: Melis, Damian van; Bispinck, Henrik (Hg.): »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2006, S. 153–155) wurde an der innerdeutschen Grenze eine Fünf-Kilometer-Sperrzone und ein ca. 500 Meter breiter sogenannter »Schutzstreifen« eingerichtet, der unter der unmittelbaren Kontrolle der Grenzpolizei stand. Für die Bewohner der Orte, die in diesem Gebiet lagen, herrschte im Alltag faktisch Ausnahmezustand. Es bestand eine nächtliche Sperrstunde und ein Verbot öffentlicher Versammlungen. Gaststätten, Kinos und Pensionen waren zu schließen. Für den Zutritt brauchten selbst Bewohner des sich anschließenden Fünf-Kilometer-Sperrgebiets eine besondere Genehmigung (ebenda, §§ 9–15).